

Die Brüner Handelskammer über die Notwendigkeit staatlicher Zuschüsse an die Kriegsgetreidegesellschaft.

Vorkehrungen gegen eine weitere Steigerung der Mehl- und Brotpreise.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Brünn, 28. April.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Getreideverkehrsanstalt sowie der Maiszentrale soll es bekanntlich sein, den Mangel und Ueberfluß in den einzelnen Gebieten auszugleichen und insbesondere durch die Bereitstellung geeigneter Mischmehle für die Streckung der vorhandenen Vorräte vorzusorgen. Mit Rücksicht auf die tatsächliche Unmöglichkeit, aus Ungarn Mais und Maismehle zu den behördlich festgesetzten Höchstpreisen zu erhalten, sind vor kurzem die Höchstpreise für die genannten Gattungen aufgehoben worden, und Maismehl wird derzeit von der Getreideverkehrsanstalt zu einem weitaus höheren Preise als die Edelmehle gehandelt. Da die Zentrale zwar nicht mit Gewinn arbeiten soll, andererseits nicht zu Verlustpreisen verkaufen kann, ergibt sich vor allem die Schwierigkeit, daß jene Landwirte, die Mais oder Maismehl zum Austausch gegen Edelgetreide erhalten, abgesehen davon, daß sie ein geringwertiges Produkt bekommen, außerdem noch bemüht wären, der Maiszentrale die Preisdifferenz zu ersetzen. Ueberdies resultiert hieraus die Gefahr einer generellen Steigerung des Niveaus der gesamten Getreide- und Mahlpreise unserer Reichshälfte.

Die Brüner Handels- und Gewerbekammer hat die Aufmerksamkeit der Regierung auf die enorme Belastung gerade der minderbemittelten Bevölkerung durch eine neuerliche Erhöhung der Mehl- und Brotpreise gelenkt und den Antrag gestellt, die Regierung möge durch Zuwendung von Staatsmitteln an die Kriegsgetreidegesellschaft der drohenden Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel vorbeugen. Durch die Zuwendung von etwa 35 Millionen Kronen an die Maiszentrale als Preisdifferenz zwischen dem österreichischen Höchstpreise für Edelgetreide und den effektiven Preisen für die in Ungarn getätigten Maistäufe würde eine weitere Steigerung der Mehlpreise in der Zeit bis zur neuen Ernte eintreten und damit die als Kopfsteuer wirkende Belastung des gesamten österreichischen Konsums um mindestens den dreifachen Betrag vermieden.

Die tunlichst niedrige Haltung der Mehl- und Getreidepreise sei um so mehr anzustreben, als bekanntlich die Kriegsgetreidegesellschaft in Berlin die Mehlpreise in jüngster Zeit herabgesetzt hat und auch der Berliner Magistrat dieser Tage neuerlich die Höchstpreise für Roggenbrot ermäßigte.